



OFFENER BRIEF DER GETRÄNKEVERBÄNDE IN DEUTSCHLAND

WIRTSCHAFT BRAUCHT VERLÄSSLICHKEIT, KEINE NEUEN BELASTUNGEN

Wir wenden uns heute anlässlich des Vorschlags zur Einführung einer Zuckerabgabe auf Getränke an Sie, um auf die wirtschaftliche Situation der mittelständisch geprägten Getränkewirtschaft aufmerksam zu machen. Die Einführung einer Zuckerabgabe würde eine weitreichende staatliche Lenkungsmaßnahme darstellen, die erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen für unsere Unternehmen hätte. Überdies würde eine Zuckerabgabe Verbraucherinnen und Verbraucher wie auch Betriebe in wirtschaftlich schwierigen Zeiten außerordentlich zusätzlich belasten und tief in Marktmechanismen eingreifen, ohne dass ihre angestrebte gesundheitspolitische Wirksamkeit wissenschaftlich belastbar belegt wäre.

Wir möchten diesen Offenen Brief nutzen, um unsere Bedenken darzulegen:

Belastung der mittelständisch geprägten Getränkewirtschaft in Deutschland

Die Getränkewirtschaft in Deutschland ist vor allem mittelständisch geprägt und besteht aus hunderten, in der Region verwurzelten Familienbetrieben – darunter viele kleinere Brunnen, Brauereien und Hersteller von Fruchtsaft- bzw. Erfrischungsgetränken. Die Unternehmen verfügen über begrenzte finanzielle, personelle und administrative Ressourcen und sind in den letzten Jahren ohnehin durch steigende Kosten etwa für Energie, Logistik, Verpackungen und Personal überlastet. Der Einbruch des privaten Konsums und die Krise der Gastronomie haben die Situation nochmals verschärft. Zusätzliche Belastungen durch eine Abgabe und deren betriebliche Umsetzung würden viele Unternehmen hart treffen – Betriebe, die für regionale Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Vielfalt im Markt stehen. Während die von Befürwortern einer Zuckerabgabe bzw. Zuckersteuer in Aussicht gestellten Einnahmen deutlich zu hoch geschätzt erscheinen, werden hingegen die zwangsläufigen Kosten für deren Erhebung unterschätzt. Betrieben bei der Erfassung und Behörden bei der Überwachung droht hier immenser Mehraufwand, der bisher in der politischen Debatte völlig ausgeblendet wurde.

OFFENER BRIEF DER GETRÄNKEVERBÄNDE IN DEUTSCHLAND

Mehrkosten für Verbraucherinnen und Verbraucher in angespannten Zeiten

Für die Bürgerinnen und Bürger ist die geforderte Abgabe mit zusätzlichen Belastungen und höheren Ausgaben verbunden. Jede Preiserhöhung für Lebensmittel wird Haushalte mit niedrigem Haushaltseinkommen in besonderer Weise treffen – und dies in Zeiten ohnehin hoher und weiter steigender Preise. Der Anstieg im Preisniveau dürfte voraussichtlich zu weiteren staatlichen Interventionen führen, zum Beispiel bei der Berechnung zu erhöhender sozialer Transfergelder. Tragen müssen diese Lasten alle Konsumentinnen und Konsumenten, unabhängig davon, ob die bemühten gesundheitlichen Erwägungen für sie überhaupt relevant sind.

Für die Wirksamkeit einer Zuckerabgabe fehlen die Belege

Studien, die mit Blick auf Gesundheitsförderung einen solchen staatlichen Eingriff befürworten, beruhen wesentlich auf Modellrechnungen, die eine Wirkung lediglich unterstellen, jedoch nicht belegen. Dies wird einer Politik, die den Anspruch hat, faktenbasiert und wissenschaftsbasiert zu sein, nicht gerecht. Zudem zeichnen die Befürworter in der politischen Debatte ein Bild, das nicht mit der tatsächlichen Entwicklung in Deutschland übereinstimmt. Unter anderem ist der Konsum zuckerhaltiger Erfrischungsgetränke bei Kindern und Jugendlichen in den vergangenen Jahren zurückgegangen (vgl. KiGGS-Studien des Robert Koch-Instituts).

Die Zahlen zeigen: Zuckerreduktion in der Kategorie ist bereits Realität

Die Branche hat längst bei der Kalorien- bzw. Zuckerreduktion gehandelt – und dies erfolgreich. So wurde der Zuckergehalt von marktrelevanten Erfrischungsgetränken nach offiziellen Erhebungen seit 2018 um rund 15 Prozent reduziert. Maßgeblich hierfür ist eine freiwillige Selbstverpflichtung, die durch Reformulierungen, Innovationen und ein breiteres Produktangebot erfolgreich umgesetzt wurde. Die Einführung einer Lenkungsabgabe würde diesen erfolgreichen Ansatz nachträglich konterkarieren.

Gesundheitspolitisch ist die Zuckerabgabe lediglich Symbolpolitik

Übergewicht und ernährungsmitbedingte Erkrankungen sind und bleiben komplexe gesellschaftliche Herausforderungen. Diese lassen sich nicht durch die isolierte Verteuerung einzelner Produkte bzw. einzelner Kategorien oder Nährstoffe lösen. Möglicherweise kann eine solche Abgabe partiell den Konsum lenken. Sie wird aber keine nachhaltige Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung erreichen. Ebenso kann diese Abgabe nicht die strukturelle Ausgabenproblematik der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland lösen.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir im Namen der betroffenen Unternehmen eindringlich an Sie: Unsere Betriebe brauchen in außergewöhnlich fordernden Zeiten Verlässlichkeit und eine Perspektive für die Zukunft, keine neuen Belastungen!

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und stehen jederzeit gerne für Gespräche zur Verfügung.

